

Antrag
der Fraktion der FDP

**betr. atomare Rüstung und friedliche Nutzung von
Kernenergie**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert,

1. zu erklären, daß die Bundesrepublik weder Besitz noch Mitbesitz an atomaren Waffen anstrebt;
2. im Hinblick auf die Verhandlungen in Genf über den Abschluß eines Atomsperrvertrages und in Fortsetzung der Politik der Friedensnote vom 25. März 1966 in einer Note an alle Staaten Vorschläge für ein Abkommen zu unterbreiten, in dem ein Verbot der Produktion von Atomwaffen und die etappenweise Vernichtung des bestehenden Atomwaffenarsenals vereinbart wird;
3. in Verhandlungen mit allen interessierten Staaten sicherzustellen, daß, wegen der bekanntgewordenen Schwierigkeiten bei der Abgrenzung der Nutzung von spaltbarem Material für friedliche oder militärische Zwecke, der abzuschließende Atomsperrvertrag die nicht atomar gerüsteten Staaten in der friedlichen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzung der Kernenergie und in der technologischen Entwicklung nicht beeinträchtigt,
4. in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß sie ihre Verantwortung für die Erhaltung der Substanz des ganzen deutschen Volkes dadurch erfüllen kann, daß sie ein Veto-Recht innerhalb des NATO-Bündnisses gegen den Einsatz atomarer Waffen von deutschem Boden und gegen deutschen Boden, sowie die Mitwirkung bei der Krisenbewältigung im Bündnis erhält.

Bonn, den 27. Februar 1967

Freiherr von Kühlmann-Stumm und Fraktion